

Die Europäische Union als globaler Friedensakteur

Sehr geehrte designierte Abgeordnete des Europäischen Parlaments,

Ich schreibe diesen Brief im Namen der European Peacebuilding Liaison Office (EPLO), der unabhängigen zivilgesellschaftlichen Plattform von 55 europäischen NGOs, NGO-Netzwerken und Think Tanks, die sich für Friedensförderung und die Prävention gewaltsamer Konflikte einsetzen. Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni tragen Sie als Abgeordnete maßgeblich dazu bei, die zukünftige Rolle der EU im internationalen Einsatz für Frieden und Entwicklung zu gestalten.

Als Friedensprojekt ist die EU einzigartig positioniert, gewaltfreie Formen der Konfliktlösung zu fördern und mit ihren Instrumenten zur Friedensförderung und Entwicklung sowie mit Initiativen wie der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu einem langfristigen und nachhaltigen Frieden in der Welt beizutragen. Doch Sicherheit und Verteidigung allein sind nicht ausreichend, um die komplexen Herausforderungen unserer heutigen Welt zu bewältigen. Angesichts des schwindenden Stellenwerts multilateraler Lösungen, zählt der Rest der Welt auf die EU als Verfechterin von internationaler Zusammenarbeit und Diplomatie.

In diesem Brief möchten wir vier Prioritäten hervorheben, die für die Stärkung und den Ausbau der Rolle der EU als globaler Friedensakteur von entscheidender Bedeutung sind und die Sie als künftige Europaabgeordnete auf die Tagesordnung setzen können.

I. Finanzielle Unterstützung für Frieden und Geschlechtergerechtigkeit

Als Mitglieder des Europäischen Parlaments (MEPs) werden Sie den nächsten mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) (2028-2034) mitgestalten und somit eine zentrale Rolle dabei spielen, **die finanzielle Unterstützung der EU für Konfliktprävention und Friedensförderung auszubauen** und sie vor Kürzungen zu schützen, die von kurzfristigen Interessen geleitet sind. Mit dieser Finanzierung kann die EU einen Beitrag zur Konfliktprävention und zur Förderung von **nachhaltigem Frieden** leisten, indem sie **langfristige, transformative Maßnahmen** ergreift, die die eigentlichen Konfliktursachen angehen. Dazu zählen unter anderem die Förderung von **Inklusion** und die Bekämpfung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Ursachen von Marginalisierung. Die Abgeordneten sollten auf zusätzliche finanzielle Mittel, stärkere politische Aufmerksamkeit und strategische Kommunikation drängen, um die Verpflichtungen der EU zur **Gleichstellung der Geschlechter** sowie die Umsetzung des Aktionsplans für die Gleichstellung der Geschlechter III (GAP III) und des EU-Jugendaktionsplans (EU Youth Action Plan) voranzutreiben.

Die Abgeordneten sollten auch ihre Kontrollbefugnisse nutzen, um zu verfolgen, wie die EU ihre Instrumente (Europäische Friedensfazilität, GSVP-Missionen usw.) einsetzt und ihre Diplomatie gezielter nutzt, um mit Partnerregierungen zusammenzuarbeiten, damit diese **öffentliche Dienstleistungen** (Justiz, Gesundheit, Bildung usw.) auf gerechte und verantwortungsvolle Weise bereitstellen und ihre Verpflichtungen in Bezug auf **Regierungsführung**, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Rechenschaftspflicht einhalten können. Die Festlegung klarer Grenzen für die Zusammenarbeit zwischen der EU und Partnerregierungen wird die Glaubwürdigkeit und den Einfluss der EU langfristig stärken.

II. Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Akteuren

Zivilgesellschaftliche Akteure stehen vor einer Förderlandschaft, die durch starke Haushaltskürzungen in mehreren Mitgliedstaaten und einen schwindenden Raum für Zivilgesellschaft gekennzeichnet ist. Ihr Mandat als MEP ermöglicht es Ihnen, die Ausgestaltung des nächsten MFR zu beeinflussen und mitzubestimmen, wie Finanzmittel für zivilgesellschaftliche Akteure sowohl innerhalb der EU als auch in fragilen und konfliktbetroffenen Ländern bereitgestellt werden. Langfristigere, leichter zugängliche und flexiblere Finanzmittel für lokale zivilgesellschaftliche Organisationen und Partnerschaften mit internationalen NGOs werden den Beitrag der EU zu nachhaltigem Frieden erheblich steigern.

Die Abgeordneten sollten darauf drängen, dass die EU in ihrem politischen Dialog mit Partnerregierungen konsequent einen **offenen zivilgesellschaftlichen Raum** verteidigt und schützt. Sie sollten sicherstellen, dass die Partnerschaften der EU zivilgesellschaftliche Akteure in ihrer Fähigkeit unterstützen, ihre Arbeit auszuführen, das Handeln der Regierung zu überwachen und an der öffentlichen Debatte teilzunehmen. Außerdem sollten die Abgeordneten fordern, dass die EU **zivilgesellschaftliche Akteure, insbesondere lokale Akteure in fragilen und konfliktbetroffenen Ländern, stärker einbezieht und konsultiert**. Dies ist wichtig, damit Konfliktanalysen und das außenpolitische Handeln der EU im Einklang mit ihrem Einsatz für den Schutz von Zivilbevölkerung und ihrer Ansätze zur Konfliktlösung stehen.

III. Umgang mit Konflikten

In einem globalen Kontext zunehmend militärischer Narrative, ist die EU nach wie vor gut positioniert, um ihre **Mediationskapazitäten** zu erweitern. Die MEPs sollten sicherstellen, dass die Rolle der EU als Vermittlerin und Moderatorin gestärkt wird, die Sichtbarkeit von Mediation als Instrument der EU-Außenpolitik erhöht wird und das Friedens-Vermittlungskonzept der EU (Concept on EU Peace Mediation, Europäischer Auswertiger Dienst 2020) und die entsprechenden Leitlinien umgesetzt werden.

Im Einklang mit ihren Verpflichtungen zur **Konfliktsensitivität** im Rahmen des NDICI-GE hat die EU erhebliche Fortschritte bei der Entwicklung ihrer Prozesse zur Konfliktanalyse und deren Verknüpfung mit ihrem Frühwarnsystem gemacht. Auch künftig sollten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments darauf achten, dass die EU-Programmplanung auf der Grundlage einer regelmäßig aktualisierten Konfliktanalyse erfolgt, und **Frühwarnung** und **frühzeitiges Handeln** fördern, auch durch Einbindung hochrangiger Ebenen und Koordinierung mit den EU-Mitgliedstaaten.

IV. Die Verknüpfung der Friedensförderung mit allen außenpolitischen Instrumenten der EU

Die Abgeordneten können die Verknüpfung von Friedensförderung und Konfliktsensitivität mit dem gesamten Spektrum der außenpolitischen Instrumente der EU stärken, indem sie unter anderem fordern, dass **menschliche Sicherheit** und der **Schutz der Zivilbevölkerung** bei allen EU-Engagements im Bereich der äußeren Sicherheit im Mittelpunkt stehen. Bei den **Anhörungen vor der Ernennung der Europäischen Kommission und der HV/VP** wird der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten Gelegenheit haben, zu prüfen, ob die nächste HRVP-Kandidatin die friedenspolitischen Verpflichtungen und Maßnahmen der EU unterstützt und sich für deren Stärkung einsetzt. Die Umwandlung des **Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung (SEDE)** in einen Unterausschuss für Frieden und Verteidigung würde dazu beitragen, die starke Konzentration auf GSVP und militärische Zusammenarbeit zu überwinden und die Beiträge der EU zur menschlichen Sicherheit ganzheitlicher zu betrachten.

Die Abgeordneten sollten sich auch dafür einsetzen, dass die **grüne Wende („green transition“)** der EU konfliktensibel ist und aktiv zu Frieden beiträgt. Gemeinsame Ansätze zur Anpassung an den Klimawandel, zum Umweltschutz, zur nachhaltigen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und zur nachhaltigen Energieerzeugung können als Ansatzpunkte für Dialog und Vermittlung dienen. Darüber hinaus sollten sich die Abgeordneten für einen gezielteren Einsatz der EU-Entwicklungszusammenarbeit zur Bekämpfung der Ursachen von Konflikten einsetzen, wodurch die Umsetzung des **HDP-Nexus (Nexus zwischen humanitärer-, Entwicklungs- und Friedensarbeit)** verbessert würde.

Wir hoffen, dass Sie als MEPs diese Prioritäten in den Mittelpunkt Ihrer Arbeit im Bereich des auswärtigen Handelns der EU stellen werden, und stehen Ihnen gerne zur Verfügung, um zusätzliche Empfehlungen zur praktischen Umsetzung zu geben. Bitte zögern Sie nicht, sich mit uns in Verbindung zu setzen, wenn Sie diese weiter erörtern möchten.

Mit freundlichen Grüßen,

Sonya Reines-Djivanides,
EPLO Executive Director